



Landesweiter Ruf nach mehr Frauen in der Politik

ROTTWEIL - Mit einem Banner in leuchtendem Pink mit der Aufschrift: „Mitreden. Wo drückt frau der Schuh?“ standen am vergangenen Samstag Mitglieder der Frauen Union im Kreis Rottweil in der Rottweiler Fußgängerzone. Ziel war es, mit Passantinnen ins Gespräch über Politik zu kommen und zu erfragen, was die Frauen politisch derzeit beschäftigt. Der Stand in der Fußgängerzone war Teil einer landesweiten Aktion der Frauen Union in Baden-Württemberg.

Die Rottweiler Initiatorinnen um Kreisvorsitzende Karin Schmeh sind zufrieden mit den Gesprächen, jetzt gehe es darum, das Ergebnis auszuwerten und an entsprechende Stellen weiterzutragen. Die Rottweiler Frauen äußerten viel Unverständnis für das aktuelle Verhalten Horst Seehofers, die Kanzlerin hingegen wurde nur von wenigen kritisiert. Viele befragte Frauen würden sich aber wünschen, dass Angela Merkel ihre Politik besser erklärt.

Weitere wichtige Forderungen der befragten Frauen waren der Ruf nach mehr und flexibleren

Landesweiter Ruf nach mehr Frauen in der Politik

Kinderbetreuungsmöglichkeiten, eine bessere Bezahlung für Alten-, Krankenpfleger und Erzieher. Auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde angemahnt. Die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und die sinnvolle Verwendung von Steuergeldern standen auch im Fokus.

Lokalpolitisch stand das Rottweiler Bauamt in der Kritik. Hier bemängelten Passantinnen zum Beispiel Pflastersteine als Stolperfallen und ungerechte, weil nicht einheitliche, Auflagen bei der Bauplanung.

Die erste landesweite Auswertung zeigt, dass eine Nichtnennung besonders bemerkenswert ist. Nach der bisherigen Auswertung ist an keinem der mehr als 20 Stände in ganz Baden-Württemberg Kritik in Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik geäußert worden. Die Rottweiler „Seehofer-Schelter“ hingegen war ein landesweiter Trend. Eine positive Resonanz zur Aktion war ebenfalls landesweit zu spüren, berichten die landesweite Koordinatorinnen der Aktion. Landesweit und parteiübergreifend war der Ruf nach mehr Frauen in der Politik zu vernehmen.